

Beschäftigte des Einzelhandels: Jetzt Mitglied der Linken werden!



Stefan Dreher

Landessprecher der AG Betrieb und Gewerkschaft fordert die Beschäftigten des Einzelhandels auf, jetzt Mitglied der Partei DIE LINKE zu werden.

Böblingen, 30.März 2012

„Das Scheitern der Transfergesellschaft für die Schlecker-Frauen ist ein Versagen der Politik. Hier stoßen die Gewerkschaften leider an ihre Grenzen. Deshalb brauchen wir jetzt auch eine politische Antwort: Beschäftigte des Einzelhandels sollen Mitglied in der Partei DIE LINKE werden. Das ist das richtige politische Signal,“ sagte der Landessprecher des Gewerkschafterflügels der Südwest-Linken, Stefan Dreher, anlässlich des Scheiterns der Transfergesellschaft für die Schlecker-Beschäftigten, fast ausnahmslos Frauen, die jetzt in die Arbeitslosigkeit entlassen werden.

Als im Juli 2008 über 220 saarländische Busfahrer in die Partei DIE LINKE eingetreten sind, ergab das einen beleidigten Aufschrei der Politiker der etablierten Parteien. Jetzt brauchen wir ein ähnliches Signal, damit die selben Politiker

merken, was passiert, wenn sie immer nur die Banker retten, normale Menschen ihnen aber egal sind: Die Politiker sollen merken, dass sich Einzelhändlerinnen wehren können und politische Antworten haben.

Die Transfergesellschaft für die Schlecker-Frauen ist nicht zu Stande gekommen. Es ist geradezu lächerlich, wie sich die einzelnen Parteien jetzt gegenseitig den Schwarzen Peter zuschieben wollen. Natürlich war es die sterbende und in letzten Zuckungen wild um sich schlagende FDP, die die Transfergesellschaft blockiert hat. Ein letztes mal wollten sie sich als die wirtschaftsliberalen Anarcho-Radikalinskis profilieren. Aber weder die Grünen noch die CDU/CSU oder die SPD waren gezwungen, diesen wichtigtuersischen Erpressern der FDP nachzugeben. Erst recht nicht der baden-württembergische Wirtschaftsminister Schmid. Anfangs spuckte er noch große Töne, dass er im Zweifelsfalle alleine die 71 Millionen Bürgschaft übernimmt. Alles das hat jetzt nicht stattgefunden. Der Grund: Das Schicksal der Schlecker-Frauen und damit das Schicksal aller hart arbeitenden Frauen sind ihnen allesamt völlig egal.

In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass im Einzelhandel sowieso teilweise menschenunwürdige und demütigende Arbeitsbedingungen herrschen. Das ist kein Schlecker-Problem gewesen. Bei Lidl und Aldi, bei Zara, H&M und weiteren Geschäften, ja selbst bei einem Edel-Kaufhaus wie Breuninger wird gewerkschaftliche Arbeit und Betriebsratsarbeit behindert, aktive und sich wehrende Kolleginnen werden gemobbt, diskriminiert, oder es wird versucht, sie rauszuekeln. Dreher: „Damit muss Schluss sein, das muss gesetzlich verboten werden. Wer Menschen quält gehört in den Knast, nicht in die Personalabteilung!“

Dreher weiter: „Der Gewerkschafterflügel der Südwest-Linken bereitet eine Mitglieder-Werbekampagne vor, die sich an die Einzelhändlerinnen wendet. Alle Parteimitglieder, insbesondere Mitglieder unserer Arbeitsgemeinschaft werden angeschrieben

und aufgefordert, diese Werbekampagne aktiv zu unterstützen.“